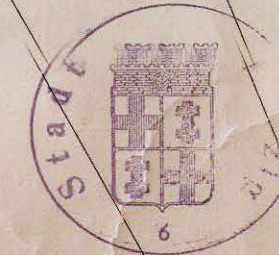


DER BEBAUUNGSPLAN HAT GEMÄSS § 2 ABS. 6 B.BAUG. VOM 22. 4. 1966 BIS ZUM 22. 5. 1966 AUSGELEGEN. DER BEBAUUNGS-  
PLAN WURDE GEMÄSS § 10 B.BAUG. ALS SATZUNG VOM STADTRAT AM 13. SEPT. 1966 BESCHLOSSEN

MERZIG DEN 29. 9. 1966  
DER BÜRGERMEISTER:



*h. J.*

DER BEBAUUNGSPLAN WIRD GEMÄSS § 11 B.BAUG. GENEHMIGT  
SAARBRÜCKEN DEN **14. DEZEMBER 1966**  
DER MINISTER FÜR ÖFFENTL. ARBEITEN UND WOHNUNGSBAU

J.A.

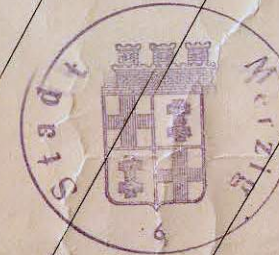
*Würker*  
(WÜRKER)

Diplom-Ingenieur

DIE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEMÄSS § 12 B.BAUG. WURDE AM **26. 1. 1967**











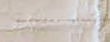





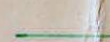



ORTSÜBLICH BEKANNTGEMACHT

MERZIG DEN **30. 5. 1967**  
DER BÜRGERMEISTER



*h. J.*

DURCH DIESEN BEBAUUNGSPLAN WIRD DER SEIT DEM  
24. AUG. 1961 RECHTSKRÄFTIGE TEILBEBAUUNGS-UND FLUCHT-  
LINIENPLAN TEILABSCHNITT I. WALDSTRASSE AUSSER  
KRAFT GESETZT.

	GELTUNGSBEREICH
	BESTEHENDE GEBÄUDE
	GEPLANTE GEBÄUDE
<b>WA</b>	ALLGEMEINES WOHNGEBIET
<b>WR</b>	REINES WOHNGEBIET
	GRÜNFLÄCHEN
	KINDERSPIELPLATZ
	BESTEHENDE STRASSEN
	GEPLANTE STRASSEN
	BÜRGERSTEIGE UND WEGE
<b>P</b>	PARKPLATZ
<b>Z = Z</b>	ANZAHL DER GESCHOSSE
	FAHRBAHNHÖHE ÜBER N.N.
	BESTEHENDE GRUNDSTÜCKSGRENZEN
	GEPLANTE GRUNDSTÜCKSGRENZEN
	BAULINIE
	BAUGRENZE
	ENTWÄSSERUNGSEINRICHTUNGEN
VERSORGUNGSLEITUNGEN:	
	STROM
	WASSER
	GAS
SCHUTZSTREIFEN DER ÜBERÖRTLICHEN VERSORGUNGSLEITUNGEN	
	STROM
	FERNGAS
	GESCHOSSFLÄCHENZAHL

BEBAUUNGSPLAN FÜR DAS GELÄNDE "IM LANGENRECH" FLUR 8			BLATT NR <b>6</b>
			MASSTAB 1:500
	DATUM	NAME	BEMERKUNG
GEZEICHNET	SEPT. 65	SCHREIER	
GEPRÜFT			
GEÄNDERT			
STADT MERZIG STADTBAUAMT DEN 23. 9. 1965			ERSATZ FÜR
 STADTBAURAT			ERSETZT DURCH

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I. S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Stadtrates vom 3. Juni 1965 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte durch das Stadtbauamt.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Baugesetzes

1. Geltungsbereich	siehe Plan
2. Art der baulichen Nutzung	
2.1 Baugebiet	reines Wohngebiet (siehe Plan)
2.1.1 zulässige Anlagen:	Wohngebäude
2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen:	keine
2.2 Baugebiet	Allgemeines Wohngebiet (siehe Plan)
2.2.1 zulässige Anlagen	1. Wohngebäude
	2. die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe
	3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke
2.2.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen:	1. Betriebe des Beherbergungsgewerbes
	2. Gartenbaubetriebe
	3. Tankstellen
	4. Ställe für Kleintierhaltung als Zubehör zu Kleinsiedlungen
3. Maß der baulichen Nutzung	Laut Zeichnung
3.1 Zahl der Vollgeschosse	0,3
3.2 Grundflächenzahl darf höchstens betragen	0,4
3.2.1 Bei einem Vollgeschoß	
3.2.2 Bei zwei Vollgeschossen	
3.3 Geschossflächenzahl darf höchstens betragen	0,4
3.3.1 in den Gebieten der eingeschossigen Bebauung	0,7
3.3.2 in den Gebieten der zweigeschossigen Bebauung	
3.4 Baumassenzahl	-
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	-
4. Bauweise	offen, Einzelhäuser und Doppelhäuser (siehe Plan)
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstückflächen	Baulinie und Baugrenzen siehe Plan
6. Stellung der baulichen Anlagen	siehe Plan
7. Mindestgröße der Baugrundstücke	450 m <sup>2</sup>
8. Höhenlage der baulichen Anlagen	auf Grund der Geländestruktur erfolgt die Einweisung im Einzelfall durch das Stadtbauamt
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	Innerhalb der überbaubaren Grundstückflächen. Garagen sind in der Regel zusammen mit der des Nachbarn unmittelbar an der Nachbargrenze (Bauwich) zu errichten.
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	-
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	keine
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	der gesamte Geltungsbereich
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist.	-
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	-
15. Verkehrsflächen	siehe Plan
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	siehe Plan
17. Versorgungsflächen	-
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und Leitungen	<del>siehe Plan</del>
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	-
20. Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	-
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen.	-
22. Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft	-
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines Personenkreises zu belastende Flächen	-
24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	-
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereiches aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind.	-
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung	-
27. Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern	in den Hausgärten
28. Bindung für Bepflanzung und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	-

Aufnahme von Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9.5.1961 (Bbl. S. 293)

Folgende Bestimmungen der örtlichen Bauvorschriften werden als Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen aufgenommen:

- Gestaltung der Hauptgebäude
  - Grundrisse
    - 1.1.1 bei allen Wohnhäusern des Geltungsbereiches im Verhältnis Breite (Giebelseite) zur Länge (Traufseite) von mindestens 1 : 1,15, wobei die Breite in den Grenzen zwischen 8,00 - 11,00 m zu halten ist.
  - 1.2 Geschosshöhen werden in den Wohngeschossen auf maximal 2,80 m festgesetzt.
  - 1.3 Dachform
    - 1.3.1 bei allen Gebäuden des Geltungsbereiches: zugelassen nur Satteldach.
  - 1.4 Dachneigung
    - 1.4.1 bei den Wohnhäusern mit zweigeschossiger Bauweise 30°
    - 1.4.2 bei den Wohnhäusern mit eingeschossiger Bauweise 40°
  - 1.5 Kniestock und Kniestockhöhe
    - 1.5.1 bei den unter 1.4.1 aufgeführten Wohnhäusern: keine Kniestöcke zugelassen
    - 1.5.2 bei allen anderen mit Satteldächern vorgeschriebenen Wohnhäusern: Kniestock zugelassen, Kniestockhöhe von OK Dachgeschoßfußboden bis OK Traufe bis max. 0,50 m bei einem Sparrenüberstand von 0,40 m.
  - 1.6 Prontgleiche Dachaufbauten sind nicht gestattet.
  - 1.7 Dacheindeckung
    - 1.7.1 bei allen Wohngebäuden des Geltungsbereiches sind zugelassen: Tonziegel, Betonpfannen oder Wellasbestzementtafeln in brauner oder roter Tönung. Die Binde- deckung der Dachaufbauten in gleichem Material.
  - 1.8 Außenputz und Farbe: in hellen Tönungen.
- Gestaltung der Anbauten
  - 2.1 Verhältnis zum Hauptgebäude: Grundfläche nicht größer als 1/3 des Hauptgebäudes.
  - 2.2 Dachform: wenn nicht als begehbare Terrasse ausgebildet, als Satteldach oder Fortführung des Hauptdaches durch Abschleppung.
  - 2.3 Dachneigung: wenn nicht als begehbare Terrasse ausgebildet, in der gleichen Neigung wie Dach des Hauptgebäudes.
  - 2.4 Dacheindeckung: wenn nicht begehbare Terrasse, gleiches Material und gleicher Farbton wie Dach des Hauptgebäudes.
- Gestaltung der Garagen
  - 3.1 Höhe der PKW-Garage max. 2,50 m bis Firsthöhe
  - 3.2 Dachform: wenn nicht in Verbindung mit Dach des Hauptgebäudes oder des Anbaues: Pultdächer
  - 3.3 Dachneigung: bis zu 15°
  - 3.4 Dacheindeckung: Material freibleibend, Farbton zum Dach des Hauptgebäudes bzw. des Anbaues passend.
  - 3.5 Kellergaragen: sind zulässig, wenn die Rampensteigung nicht mehr als 10 % beträgt.
- Gestaltung der Einfriedigung
  - 4.1 Zwischen Straßengrenze und vorderer Gebäudeflucht gleichlaufend mit der Straße
    - 4.1.1 vor bergseitig zur Straße gelegenen Häusern als Stützmauer bis zu max. 1,20 m Höhe, soweit diese Höhe geländebedingt ist. Ausführung aus Bruchsteinen oder mit Bruchsteinen verkleidet. Bruchsteinen ähnliche Kunststeine sind zugelassen.
    - 4.1.2 vor talseitig zur Straße gelegenen Häusern als niedere Einfassung, die die Oberkante des Bürgersteiges um ca. 50 cm überragt, im übrigen nicht in den Bürgersteig ragende Hecke.
  - 4.2 An der seitlichen Grundstücksgrenze
    - 4.2.1 Zwischen Straßengrenze und vorderer Baulinie nur in Form von Hecken gestattet.
    - 4.2.2 Zwischen vorderer Baulinie und rückwärtiger Grundstücksgrenze als Spriezelzaun oder Maschendrahtzaun bis zu max. 1,20 m Höhe.
  - 4.3 an der rückwärtigen Grundstücksgrenze als Spriegelzaun oder Maschendrahtzaun bis max. 1,20 m Höhe.

ÖBV mind. aufgeführt!!!

Diese Festsetzungen treten mit der Veröffentlichung der entsprechenden Baupolizeiverordnung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft